

BRD rüstet Welt tot

Wirtschaftsminister Gabriel wollte die Waffenexporte drosseln – statt dessen haben sie sich verdoppelt. Wo gemordet wird, ist Deutschland führend dabei

Sebastian Carlens

Es war Sigmar Gabriels (SPD) Geschenk an die sozialdemokratische Basis: Die deutschen Rüstungsausfuhren wolle er drastisch beschränken. »Es ist eine Schande, dass Deutschland zu den größten Waffenexporteuren gehört«, hatte Gabriel im Januar 2014 per Twitter der Welt mitgeteilt.

Diese Schande hat sich unter Minister Gabriel im letzten Jahr verdoppelt. Die *Welt am Sonntag* meldete vorab aus einem Bericht, der am Mittwoch vorgestellt werden soll, dass die Bundesregierung 2015 Rüstungsausfuhren im Werte von 7,86 Milliarden Euro genehmigt habe. Im Jahr zuvor waren es knapp vier Milliarden Euro. Das Wirtschaftsministerium bestätigte diese Zahlen am Montag nicht ausdrücklich. Gabriel sprach jedoch in der *Süddeutschen Zeitung* selbst von »einem erheblich gestiegenen Gesamtvolumen«.

Natürlich hat der SPD-Mann eine Erklärung für sein Scheitern. Hinter dem »gestiegenen Gesamtvolumen« steckten noch von der Vorgängerregierung aus Unionsparteien und FDP erteilte Lieferzusagen zum Beispiel für Kampfpanzer an Katar. Das arabische Land ist nicht nur in den Bürgerkrieg im Jemen verwickelt, es gilt auch als Unterstützer des »Islamischen Staates« (IS). Die Genehmigungen könne er »leider nicht rückgängig machen«, bedauerte Gabriel am Montag. Aber auch Erfolge will der Minister gewürdigt wissen: zum Beispiel, dass es gelungen sei, den Export von Kleinwaffen wie Maschinengewehren und Panzerfäusten auf den niedrigsten Wert seit 15 Jahren zu senken. Dem Bericht zufolge ging das Exportvolumen von 47 auf 32 Millionen Euro zurück – Kleinwaffen machen also nur 0,4 Prozent der Rüstungsgewinne aus.

Dort, wo getötet wird, ist deutsches Gerät dabei – ob im Nahen Osten, wo islamistische Terrorbanden ganze Länder tyrannisieren, oder in der Türkei, wo der NATO-Verbündete einen irregulären Krieg gegen Teile der eigenen Bevölkerung führt. Verdienen lässt sich dabei prächtig. Insofern nimmt es nicht Wunder, dass sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) am Sonntag in der *ARD* dafür ausgesprochen hat, die Kooperation im Rüstungsbereich in der EU voranzutreiben.

Gabriels Ausrede, die bereits erteilten Ausfuhrgenehmigungen nicht widerrufen zu können, fand am Montag deutlichen Widerspruch. Dies sei, wenn der Wille da sei, durchaus möglich, sagte die Grünen-Rüstungsexpertin Agnieszka Brugger. Die Bundesregierung habe rechtlich stets die Möglichkeit, ein Rüstungsgeschäft zu stoppen, auch wenn damit Schadenersatzansprüche der betroffenen Firmen verbunden seien. »Ich finde es weniger schlimm, Schadenersatz zu leisten, als ein Land zu beliefern, das gerade Krieg führt«, sagte sie der *SZ*.

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei Die Linke, kritisierte am Montag in einer Presseerklärung, dass Schäuble »gemeinsame Rüstungsprojekte als ›Schritt in die richtige Richtung« sehe. »Wer mehr Waffen baut, muss sie natürlich auch verkaufen.« Es sei »völlig wahnsinnig, die deutsche Vormachtstellung in Europa zu nutzen, um der deutschen Rüstungsindustrie Aufträge zu verschaffen. Wer auch nur einen Funken Geschichtsbewusstsein besitzt, muss fürchten, Bundesfinanzminister Schäuble habe den Verstand verloren.«

Das hat Schäuble vermutlich nicht, ebensowenig wie Gabriel. Beide nehmen nur ihren Job ernst – als ideelle Gesamtkapitalisten, die deutschen Monopolprofiten verpflichtet sind. Koste es an Menschenleben, was es wolle.

<http://www.jungewelt.de/2016/07-05/003.php>